



öffentlich

Betreff:
Fahrtkostenerstattung für Schüler

Erstellungsdatum 07.03.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.04.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu überprüfen, inwieweit die Fahrtkostenerstattung für Schüler, hier insbesondere für Schüler aus Migrationsfamilien mit Einkünften aus Alg II, Asylbewerberleistungsgesetz o. ä., vereinfacht werden kann.
Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2006 zu berichten.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Bei einem Schulbesuch der Marie-Curie-Schule Ende Februar 2006 wurde seitens der Lehrer und der Schulsozialarbeiterin darüber berichtet, dass die Schülerfahrtkostenerstattung, insbesondere für Schüler aus Migrationsfamilien, mit einem besonderen bürokratischen Aufwand verbunden ist. Die Antragstellerin beabsichtigt, eine Vereinfachung des Verfahrens zu erreichen.